

11. Fazit und Ausblick

In diesem Kapitel fasse ich die zentralen Ergebnisse meiner Arbeit zusammen, werfe einen Blick auf aktuelle Entwicklungen in Griechenland und diskutiere anschließend, was die Ergebnisse für die Bewegungs- und Sozialforschung bedeuten und an welcher Stelle weiterer Forschungsbedarf besteht. Folgenden Fragen bin ich in dieser Arbeit nachgegangen:

1. Welche langfristigen Strukturen sind durch demokratische Selbstorganisation in Griechenland (2008–2015) entstanden?
2. Welche transformatorischen Potentiale weisen die entstandenen Strukturen auf?

Die Untersuchung hat gezeigt, dass langfristige Strukturen in Griechenland (2008–2015) unter dem Einfluss von Protesten und sozialen Bewegungen entstanden sind, die weitgehend ohne die Unterstützung institutionalisierter Protestakteur*innen stattfanden. Eine zentrale Rolle spielten die Dezemberbewegung 2008 und die Platzbewegung 2011, die beide Ausdruck einer staatlichen Legitimationskrise sind. An den Dezemberprotesten beteiligten sich insbesondere junge, gut ausgebildete Erwachsene, die zum Zeitpunkt der Proteste von prekärer Beschäftigung betroffen oder bedroht waren und sich aus diesem Grund vom griechischen Staat nicht repräsentiert fühlten. Die Protestierenden kritisierten neben der Regierung auch die politischen Parteien und die Gewerkschaften, die sich im Widerstand gegen Sozialreformen schon seit Jahrzehnten als ineffizient erwiesen hatten. Die Akteur*innen der Dezemberproteste äußerten ihre Repräsentationskritik, indem sie auf selbstorganisierte Protestformen zurückgriffen, die sich seit den 1970er Jahren etabliert hatten. Viele auch bislang protestunerfahrene junge Menschen besetzten kurzzeitig Hochschulen, Schulen sowie andere öffentliche Institutionen und gründeten Vollversammlungen, in denen sie die Proteste organisierten. Die Praxis der Selbstorganisation setzten viele Protestteilnehmende im Anschluss an die Dezemberproteste fort. Sie gründeten selbstorganisierte Nachbarschaftsversammlungen, Sozialzentren, Grünflächen und Basisgewerkschaften, die sich als dauerhaft erwiesen.

An den Platzprotesten beteiligten sich weitaus größere Teile der griechischen Bevölkerung als an den Dezemberprotesten, weil die Zahl der Menschen, die die bestehen-

de Ordnung hinterfragten, infolge der Krisenpolitik stark zugenommen hatte. Ähnlich wie in den Dezemberprotesten kritisierten die Akteur*innen der Platzproteste neben der Regierung auch die Parteien und Gewerkschaften, die sich im Widerstand gegen die Krisenmaßnahmen als unzulänglich erwiesen hatten. Den Protestaufrufen folgten viele Menschen, weil die Platzproteste ohne die Beteiligung institutionalisierter Protestakteur*innen organisiert worden waren. Ihre Ablehnung gegenüber der institutionellen Politik zeigten die Platzbesetzer*innen durch Versuche direktdemokratischer Gegenentwürfe. Für über einen Monat besetzten sie landesweit öffentliche Plätze, errichteten eine selbstorganisierte Infrastruktur und riefen Vollversammlungen ein und gründeten Arbeitsgruppen. Aus den Debatten der Platzbesetzer*innen gingen konkrete Vorschläge zur Gründung langfristiger Strukturen, wie Nachbarschaftsversammlungen, Solidaritätsinitiativen und Sozialgenossenschaften hervor. Weil die Platzbesetzer*innen auf eine dauerhafte Gesellschaftstransformation abzielten, versuchten sie ihre selbstorganisierten Praktiken über die besetzten Plätze hinaus auch auf die Nachbarschaften und Betriebe auszuweiten. Noch während der Platzbesetzungen unterstützten die Platzbesetzer*innen die Gründung von Nachbarschaftsversammlungen sowie mehrere Streiks von Beschäftigten, wodurch es ihnen gelang, viele Menschen zu Generalstreiks zu mobilisieren.

Die Praxis der Selbstorganisation breitete sich im Anschluss an die Platzproteste auf die Nachbarschaften und Arbeitsplätze aus. Anders als im Vorjahr, in dem vorwiegend von Parteien und Gewerkschaften organisierte Demonstrationen und Streiks stattgefunden hatten, organisierten Beschäftigte sämtlicher Berufsbranchen im Herbst 2011 zudem weitgehend selbstorganisierte und teilweise mehrere Wochen andauernde Streiks und Betriebsbesetzungen. In einigen wenigen Fällen dauerten die Arbeitsstreiks über ein Jahr und mündeten schließlich in der Übernahme und Selbstverwaltung von Betrieben. So übernahmen die Beschäftigten der damaligen Baustofffabrik Vio.Me. im Anschluss an ihren fast zwei Jahre dauernden Streik die Produktion in dem in Konkurs gegangenen Betrieb. Die Beschäftigten der Tageszeitung *Eleftherotypia* gründeten infolge ihres ein Jahr dauernden Streiks die neue selbstverwaltete Tageszeitung *EfSyn*. Neben selbstorganisierten Streiks und Besetzungen entstanden unter dem Einfluss der Debatten und Praktiken der Platzproteste ab Sommer 2012 zahlreiche selbstorganisierte Solidaritätsinitiativen und Sozialgenossenschaften, die in vielen Fällen von Teilnehmenden der Platzproteste gegründet wurden. In Berücksichtigung der beschriebenen Untersuchungsergebnisse soll an dieser Stelle kurz auf Castoriadis (1949, 1959, 1963) rekurriert werden, der in Kapitel 2 dieser Arbeit als wichtigste Theoriereferenz genannt wurde. Castoriadis stellte in seinen Analysen von Protestbewegungen der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts fest, dass diese sich insbesondere in (multiplen) Krisenzeiten von traditionellen Protestakteur*innen, von denen sie sich nicht repräsentiert fühlen, abwendeten und stattdessen selbstorganisierten. Ohne die Unterstützung von Gewerkschaften und Parteien führten die sozialen Bewegungen Proteste durch und versuchten anschließend gesellschaftliche Bereiche, insbesondere den Bereich der Arbeit und Produktion, dauerhaft selbstzuverwalten. Diese Selbstorganisierungsprozesse haben Castoriadis zufolge einen wesentlichen Subjektivierungseffekt, der auch in den hier untersuchten griechischen Krisenprotesten (2008–2015) deutlich zu erkennen ist: Durch ihre Partizipation in Nachbarschaftsversammlungen, Sozialzentren und selbstverwalteten Grünflächen,

die infolge der Dezemberproteste 2008 entstanden waren, erprobten mitunter bis dahin nicht politisierte junge Menschen eine neue Form der Alltäglichkeit und entwickelten auf diese Weise ein neues kollektives Bewusstsein. Sie entdeckten, dass sie ihre Leben zumindest ein Stück weit in die eigenen Hände nehmen können. Die im Anschluss an die Dezemberproteste gegründeten Basisgewerkschaften fungierten als neue Protestakteur*innen, die in den Krisenprotesten ab Frühjahr 2010 eine zentrale Rolle eingenommen haben. Aufgrund ihrer partizipativen Strukturen und ihrer kritischen Haltung gegenüber den Gewerkschaftsdachverbänden gelang es den Basisgewerkschaften, die wachsende Zahl der prekär Beschäftigten, die von den etablierten Gewerkschaften nicht repräsentiert wurden, zur Teilnahme an den Krisenprotesten zu mobilisieren. Mitglieder der Basisgewerkschaften beteiligten sich auch an den Platzprotesten und unterstützten die weitgehend selbstorganisierten Proteste von Beschäftigten, die von den Gewerkschaftsdachverbänden kaum unterstützt worden sind.

Auf der Ebene der Subjektwerdung fanden wahrscheinlich die langfristigen durch die Krisenproteste bewirkten Transformationen in Griechenland statt. Neben den politischen Subjektivierungsprozessen weisen die aus den Protesten hervorgegangen Projekte jedoch weitere transformatorische Potentiale auf. Diese reichen von einer kollektiven Krisenbewältigung bis hin zur Etablierung neuer Formen von Arbeit und Wirtschaft sowie zur Herausbildung neuer sozialen Beziehungen.

Anders als die aus den Dezemberprotesten hervorgegangenen selbstorganisierten Strukturen wurden die infolge der Platzproteste 2011 entstandenen Solidaritätsinitiativen und Sozialgenossenschaften zu einem Zeitpunkt gegründet, als breite Teile der griechischen Bevölkerung infolge der Krisenpolitik von sozialer Not betroffen waren. In vielen Fällen entstanden die Projekte daher primär aus der Intention heraus, die Alltagsnot in kollektiver Form zu bewältigen. Gleichzeitig gründeten die Akteur*innen der sozialen Bewegungen die Projekte aber auch aus einer grundsätzlichen Systemkritik und einem daraus resultierenden Bedürfnis heraus, gesellschaftliche Teilbereiche anders zu organisieren und dauerhaft zu verändern. Durch die Gründung von Sozialkliniken konnte für jene Teile der Bevölkerung, die infolge von Arbeitslosigkeit keinen Zugang mehr zu Dienstleistungen des öffentlichen Gesundheitssystems hatten, eine kostenlose medizinische Versorgungsstruktur errichtet werden. Durch die Gründung von Agrar- und Konsumgenossenschaften konnten faire Lebensmittelpreise für Produzent*innen und Verbraucher*innen geschaffen und die gestiegene Nahrungsmittelunsicherheit zumindest ein wenig gemildert werden. Die Etablierung von Arbeiter*innengenossenschaften ermöglichte dauerhaft neue Arbeitsplätze mit relativ niedrigen aber beständigen Einkommen für die Mitglieder. Neben einer kollektiven Krisenbewältigung gelang es den Projektgründer*innen durch die Selbstorganisation in den Projekten langfristige Versorgungsstrukturen sowie dauerhafte Formen von Arbeit und Wirtschaft zu kreieren, die sich auf die Prinzipien der Kollektivität, Partizipation, sozialen Inklusion, politischen Gleichheit, Solidarität und Nachhaltigkeit berufen. So stehen sämtliche Projekte, von Nachbarschaftsinitiativen, Tauschbörsen, Sozialkliniken und Solidaritätsküchen bis hin zu den Märkten ohne Zwischenhändler*innen und den Kollektivcafés, allen Menschen – bis auf jene, die sich antidemokratisch gerieren – offen und sind über Vollversammlungen organisiert, die den Anspruch haben, eine gleiche Teilhabe und eine direkte Partizipation für alle Mitglieder zu ermöglichen. Viele Menschen entdeckten durch ihre Par-

tizipation in Nachbarschaftsinitiativen, Tauschbörsen, Sozialkliniken und Solidaritätsküchen, dass alternative Formen gesellschaftlicher Organisation bestehen, wie diese gestaltet sein und wie effizient diese sein können, um Zugang zu Ressourcen und Dienstleistungen zu gewinnen. Über die direkte Partizipation fühlten sich viele Menschen zudem dazu ermächtigt, ihre Leben ein Stück weit mehr in die eigenen Hände zu nehmen. Selbst jene Menschen, die nicht von sozialer Not betroffen waren, konnten durch ihre aktive Teilhabe an den selbstorganisierten Strukturen eine neue Form der Alltäglichkeit sowie neue wertebasierte Beziehungen für sich entdecken.

Die Agrar- und Konsumgenossenschaften fungierten als eine neue horizontale und solidarische Form von Distribution und Produktion und die Arbeiter*innengenossenschaften als eine kollektive und gleichberechtigte Form der Eigentümer*innenschaft. Durch die direkte Partizipation der Mitglieder in den Entscheidungs- und Arbeitsprozessen gelang es in den Arbeiter*innengenossenschaften die in Betrieben üblicherweise herrschende hierarchische Arbeitsteilung aufzuheben. Aus der selbstverwalteten Arbeitsorganisation ergab sich, wie die Falluntersuchungen gezeigt haben, insgesamt ein anderes Verhältnis der Mitglieder zu ihrer Arbeit. Sie übernahmen mehr Verantwortung für die Arbeitsprozesse und kennen sich in diesen besser aus. Darüber hinaus arbeiteten sie motivierter als an ihrem vorherigen Arbeitsplatz. Die in vielen Arbeiter*innengenossenschaften eingeführte Lohngleichheit stellte zudem den Versuch dar, über die politische Gleichheit hinaus auch die ökonomische Gleichheit der Mitglieder zu gewährleisten.

Wie die Untersuchung gezeigt hat, zielten einige Projekte neben einer kollektiven Krisenbewältigung und einem Erproben anderer Formen der gesellschaftlichen Organisation darauf ab, die Gesellschaft dauerhaft zu transformieren. So verfolgten die Mitglieder der Koordinierungsstelle *Allileugi gia Olous* das Ziel, durch ihre Unterstützung des Aufbaus selbstorganisierter Solidaritätsinitiativen eine soziale Basis für eine breitere gesellschaftliche und politische Transformation zu schaffen. Mitglieder der als Fallstudien untersuchten Projekte KCI, *Sikos* und *Vio.Me.* zielten darauf ab, durch den Aufbau größerer Netzwerke von Sozialkliniken, Märkten ohne Zwischenhändler*innen und selbstverwalteten Fabriken die Gesellschaft dauerhaft zu transformieren. Weder den Akteur*innen von *Allileugi gia Olous* noch den Mitgliedern der untersuchten Projekte ist es gelungen, das Ziel einer grundlegenden Veränderung der Gesellschaft dauerhaft zu verwirklichen. Die Ausweitung der gesellschaftlichen Selbstorganisationsprozesse scheiterte nicht nur aufgrund fehlender materieller Ressourcen und staatlicher Repressionsmaßnahmen, sondern auch, weil die selbst erhobenen Ansprüche der Projektinitiator*innen in der Realität nicht immer der Zielsetzung entsprachen. So arbeiteten die Mitglieder der KCI und die Mitglieder von *Sikos* entgegen ihrer Zielvorstellung in der Praxis nur wenig darauf hin, sich mit ähnlichen Projekten zu vernetzen. Vielmehr kritisierten die Mitglieder der Sozialklinik KCI die von *Allileugi gia Olous* etablierten Sozialkliniken und lehnten eine Zusammenarbeit mit diesen ab, weil sie diese für reformistisch hielten. Tatsächlich gingen die Zielvorstellungen der Sozialkliniken teilweise auseinander. Anders als die Gründer*innen der KCI hofften Mitglieder anderer Sozialkliniken darauf, ihre Funktion unter der SYRIZA-geführten Regierung einstellen zu können. Vielmehr als eine grundlegende Veränderung der Gesellschaft forderten sie eine Reformierung des staatlichen

Gesundheitssystem, da sie die Gesundheitsversorgung als eine sozialstaatliche Aufgabe betrachteten.

Auch die Mitglieder von *Sikos* standen anderen Märkten ohne Zwischenhändler*innen kritisch gegenüber und grenzten sich von ihnen ab. Im Falle von *Sikos* gab es neben einer mangelnden Kooperation mit anderen Projekten weitere Herausforderungen, die letztendlich zur Beendigung des Projekts führten. Entgegen ihrer politischen Überzeugungen etablierten die Projektgründer*innen von Anfang an hierarchische Entscheidungsstrukturen in dem Projekt, die zur Folge hatten, dass ein Teil der Projektmitglieder aus den Entscheidungsprozessen ausgeschlossen wurde und weniger Verantwortung für Projektaufgaben übernahm. Mit ähnlichen Problemen hatten auch weitere Märkte ohne Zwischenhändler*innen, die von politischen Aktivist*innen und Landwirt*innen gegründet worden waren, zu kämpfen. Einige von ihnen haben sich aufgrund projektinterner Konflikte inzwischen aufgelöst, andere wurden von den Gemeinden kooptiert.

Neben projektinternen Konflikten und den den Projekten innewohnenden politischen Widersprüchen war die fehlende Unterstützung politischer Parteien und Gewerkschaften ein weiteres Hemmnis für gesellschaftliche Selbstorganisationsprozesse. Eine Ausnahme bildete hierbei SYRIZA. Die Partei unterstützte materiell den Aufbau von *Allileugi gia Olous* und führte während ihrer Amtszeit als Regierungspartei 2016 ein neues Gesetz zur Förderung von Sozialgenossenschaften ein. Gleichzeitig scheiterte SYRIZA daran, die Existenzbedingungen und Zukunftsperspektiven von Projekten wie *Vio.Me.*, denen sie zuvor politische Unterstützung zugesichert hatte, zu verbessern. Auch die KKE und die Gewerkschaftsdachverbände lehnten die Selbstverwaltung von *Vio.Me.* ab. Dabei hätte die politische Unterstützung institutionalisierter Protestakteur*innen nicht nur die Existenz von *Vio.Me.*, die seit dem Verkauf des Fabrikgeländes an einen Spekulationsfonds im Februar 2023 mehr denn je gefährdet ist, sicherstellen, sondern auch weitere Beschäftigte im Industriebereich dazu ermutigen können, die Produktion in verlassenen Betrieben zu übernehmen. So hätten die ersten Schritte in Richtung eines Netzwerks selbstverwalteter Betriebe gemacht werden können.

Von SYRIZA, die im Anschluss an das Referendum im Sommer 2015 trotz einer ›Nein‹-Mehrheit die Krisenpolitik fortsetzte, haben sich die sozialen Bewegungen inzwischen abgewendet – selbst wenn *Allileugi gia Olous*, wie Einträge auf der Internetseite des Projekts zeigen, weiterhin mit SYRIZA zu kooperieren scheint. Die Frage, wie sich diese Kooperation inzwischen gestaltet, bleibt in dieser Arbeit offen. Anders als SYRIZA hielten sich die Gewerkschaften – mit Ausnahme der Basisgewerkschaften – mit ihrer Unterstützung der Selbstorganisationsprozesse grundsätzlich zurück. Die fehlende Unterstützung der Gewerkschaften verhinderte sowohl 2010 als auch 2011 die Durchführung unbefristeter Generalstreiks, wie sie die Basisgewerkschaften und die Platzbesetzer*innen gefordert hatten. Dabei hätte ein unbefristeter Generalstreik wo möglich zu weiterreichenden gesellschaftspolitischen Veränderungen beitragen können.

Stattdessen ist Griechenland in den letzten Jahren aus dem Blick der europäischen Öffentlichkeit geraten. Eine Beendigung der Krisenpolitik, die sich viele Menschen in Griechenland von der SYRIZA-geführten Regierung erhofft hatten, trat nicht ein. Diese Desillusion trug ab Sommer 2015 zu einem starken Rückgang von Protestmobilisierungen bei. Die Akteur*innen der sozialen Bewegungen fokussierten sich in den folgenden

Jahren auf die Selbstorganisation in der Nothilfe für Geflüchtete. Seit der Regierungsübernahme durch die ND unter ihrem Vorsitzenden Kyriakos Mitsotakis wurden ab 2019 allerdings fast alle selbstorganisierten Geflüchteteninitiativen geräumt. Trotz der staatlichen Repressionen bestehen viele selbstorganisierte Strukturen noch heute – von den Sozialkliniken und Märkten ohne Zwischenhändler*innen bis hin zu den Sozialgenossenschaften. Möglicherweise haben viele Projekte inzwischen unweigerlich eine systemerhaltende Rolle eingenommen. Der Frage, inwieweit diese Projekte zu einem (weiteren) Rückzug des griechischen Staates aus seinen sozialstaatlichen Aufgaben geführt haben, konnte ich in dieser Arbeit nicht nachgehen.

In den letzten drei Jahren hat die griechische Regierung trotz Sozialabbau, einer Ausweitung prekärer Beschäftigungsverhältnisse sowie der Erosion von Arbeitsrechten, die die Krisenpolitik seit 2010 nach sich gezogen hat, zumindest einige sozialpolitische Maßnahmen umgesetzt, die die soziale Not vieler Menschen ein wenig mildern konnten. In Reaktion auf steigende Energiepreise führte die griechische Regierung Entlastungspakete für Privathaushalte sowie staatliche Zuschüsse ein und erhöhte den gesetzlichen Mindestlohn im Mai 2022 zunächst auf 700 Euro und im April 2023 auf 780 Euro. Derartige Maßnahmen könnte Griechenland künftig auch einfacher umsetzen, weil das Land seit August 2022 offiziell nicht mehr unter der Finanzaufsicht der EU steht. Die Umsetzung der Maßnahmen verschaffte der konservativen ND bei den jüngsten Parlamentswahlen am 21. Mai 2023 eine Stimmenmehrheit von etwa 41 Prozent, während die Oppositionspartei SYRIZA einen Stimmenverlust von über 10 Prozent hinnehmen musste und lediglich knapp 21 Prozent erreichte.

Der Ausgang der jüngsten Parlamentswahlen sollte trotz des hohen Stimmenanteils der ND jedoch nicht als eine breite gesellschaftliche Zustimmung zur institutionellen Politik gewertet werden. Dies hängt zum einen damit zusammen, dass die Lebens- und Arbeitsbedingungen vieler Menschen noch immer von den Folgen der Krisenpolitik bestimmt werden. Durch einen Ausbaufonds der EU sollen bis 2026 180.000 neue Arbeitsplätze geschaffen werden. Bislang zeichnet sich der griechische Arbeitsmarkt allerdings vor allem durch prekäre Beschäftigungsverhältnisse aus. Das ist auch der Grund dafür, dass zwischen 2010 und 2022 eine halbe Millionen Menschen abgewandert sind (Balis 2022). Hinzu kommt, dass sowohl die Staatsschulden als auch die Privatschulden in den letzten Jahren weiter angestiegen sind (Batzoglou 2022).¹ In der Kritik stand die griechische Regierung vor den Wahlen zudem insbesondere wegen eines Eisenbahnunglücks, das sich am 28. Februar 2023 in der Ortschaft Tempi auf der Strecke zwischen Athen und Thessaloniki ereignet und 57 Menschen das Leben gekostet hat (Bpb 2023). In Reaktion auf das Zugunglück fanden landesweit für mehrere Wochen Massendemonstrationen statt, an denen sich breite Teile der Bevölkerung beteiligten. Die Protestteilnehmenden kritisierten nicht nur den Umgang des Ministerpräsidenten Mitsotakis mit dem Zugunglück, der die Ursachen auf »menschliches Versagen« zurückführte (Kronthaler 2023), sondern machten vor allem die infolge der Krisenpolitik umgesetzte Privatisierung der griechischen Eisenbahn für den Unfall verantwortlich (Bersi 2023). Unter dem Slogan »Unsere Toten – ihr Profit« (*»I nekroi mas – ta kerdī tous«*) und »Ruf mich an, wenn du

1 Die Staatsschulden betrugen Ende 2009 knapp 300 Milliarden Euro, 2022 lagen sie bei fast 400 Milliarden Euro (Batzoglou 2022).

ankommt« (*»Pare ma otan ftaseis«*) besetzten Studierende und Schüler*innen landesweit temporär mehrere Hochschulen und Schulen (Rantou 2023). Laut des Umfrageinstituts Public Issue (2023) beteiligten sich über 2,5 Millionen Menschen an den Protesten. Diese Rekordzahlen sowie die Reichweite und Dauer der Tempi-Proteste sowie die im Herbst 2022 stattgefundenen mehrwöchigen Demonstrationen und Hochschulbesetzungen durch Studierende gegen die dauerhafte Stationierung von Polizeikräften auf Hochschulgeländen (Kitsantonis 2022) können nicht allein durch prekäre Arbeits- und Lebensbedingungen erklärt werden. Vielmehr ist die Protestdynamik und der hohe Grad an Selbstorganisation der Proteste auf die Protestgeschichte Griechenlands zurückzuführen, vor deren Hintergrund sich in den letzten fünf Jahrzehnten neben selbstorganisierten Protestformen auch ein großes Spektrum an in Opposition zum Staat stehenden Protestakteur*innen herausgebildet hat. Es sind auch diese historischen Kontinuitäten, die erklären, wie nach einer längeren Phase der Demobilisierung zwischen 2015 und 2022 jüngst fast ruckartig neue Protestbewegungen in Griechenland entstanden sind. In Gedenken an das Tempi-Zugunglück nahmen im Februar 2025 landesweit Millionen Menschen an den größten selbstorganisierten Protesten in der Geschichte Griechenlands teil.² Wie in dieser Arbeit gezeigt wurde, erscheint es sinnvoll, für die Erforschung von Protesten und sozialen Bewegungen in einzelnen nationalen Kontexten auch die jeweilige Protestgeschichte eines Landes in die Untersuchungen miteinzubeziehen. Auf diese Weise kann erklärt werden, warum in einigen Ländern, die von multiplen Krisen betroffen sind, keine (größeren) Protestbewegungen hervorgehen.

Die Untersuchung hat gezeigt, dass es für die Analyse der Entstehung und Verstärkung selbstorganisierter Strukturen, nicht ausreicht, das Augenmerk lediglich auf strukturelle Bedingungen zu lenken, sondern dass sich die Untersuchung vor allem auf die auf der Mikroebene stattfindenden Handlungsprozesse fokussieren muss. Es waren vor allem die Praktiken der sozialen Bewegungen, die zur Entstehung langfristiger Strukturen beigetragen haben. Die Protest- und Bewegungsforschung sollte diese transformatorischen Potenziale sozialer Bewegungen künftig stärker berücksichtigen. Die griechischen Bewegungen hatten nicht nur einen wesentlichen Einfluss auf die Selbstorganisationsprozesse, sondern auch auf die institutionelle Politik. Ihre Debatten und Praktiken beeinflussten die Neugründung von Parteien der Linken und Rechten wie ANTARSYA und ANEL, die temporäre Substituierung des Zweiparteiensystems aus PASOK und ND durch einen polarisierten Pluralismus und den parlamentarischen Aufstieg von SYRIZA.

Der Einfluss der Debatten der griechischen Platzproteste auf die Programmatik von SYRIZA wurde in dieser Arbeit untersucht. In geringerem Maße konnte die Frage beantwortet werden, wie die griechischen Bewegungen die politischen Inhalte der etablierten Gewerkschaften und Gewerkschaftsdachverbände beeinflusst haben. Auch die Frage, inwieweit eine engere Kooperation zwischen den sozialen Bewegungen und den Gewerkschaften zu weitreichenden gesellschaftlichen Veränderungen hätte führen kön-

2 Die hohen Teilnehmendenzahlen sind neben einer verzögerten Aufklärung des Zugunglücks insbesondere auf Vertuschungsversuche durch die Regierung zurückzuführen. U.a. wurden Tonaufnahmen veröffentlicht, die belegen, dass mehrere Todesopfer nach dem Zusammenstoß noch gelebt und möglicherweise hätten gerettet werden können.

nen, bleibt offen. Was hätte beispielsweise ein unbefristeter Generalstreik bewirken können? Diese Fragen stellen sich aktuell auch für andere nationale Kontexte. In Reaktion auf steigende Armutszahlen und eine zunehmende soziale Ungleichheit sind auch in Deutschland in den letzten fünf Jahren bundesweit selbstorganisierte Initiativen wie »Wer hat, der gibt«³ und »Deutsche Wohnen enteignen«⁴ entstanden. In mehreren Berufsbranchen finden vermehrt Arbeitsstreiks statt. Gibt es Kooperationen zwischen den selbstorganisierten Akteur*innen und den Gewerkschaften? Wenn ja, welche transformatorischen Potentiale haben sie? Der Beantwortung dieser Fragen könnten sich zukünftige Forschungen stellen.

3 Der Internetauftritt der Initiative findet sich unter: <https://werhatdergibt.org>.

4 Die Internetseite der Bürger*inneninitiative ist abrufbar unter: <https://dwenteignen.de>.